Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1539. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 117. Freitag, 22. Mai 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 4 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 82 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe" — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Volksentscheid über die Flaggenfrage.

Innenminister Schiele zur Verfassungsreform.

vdz. Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstags genehmigte am Mittwoch zunächst die Grundstückskäufe bezw. Pachtverträge des Auswärtigen Amtes für die deutschen Vertretungen in Lissabon, Oslo und London.

In der Fortsetzung der Besprechung des Haushalts des Reichsinnenministeriums fragte Abg. Stöcker (Kom.) den Innenminister Schiele, wie er sich politisch zur Republik stelle. Die monarchistische Gefahr sei sehr ernst.

Abg. Schreiber (Zentr.) setzte sich für einen gesunden Aufbau des Beamtenkörpers ein und begründete einen darauf abzielenden Antrag. Dann befürwortete der Redner den in einer Entschließung seiner Partei gewünschten Austausch von Beamten des Reichs und der Länder. Er wies auf die Aeußerungen des Abg. v. Kardorff über eine Versetzung in der Beamtenschaft zurück.

Reichsinnenminister Schiele führte dann u. a. aus: Das wichtigste Arbeitsgebiet des Reichsministeriums des Innern sind die Verfassungsfragen. Gemäß der Programmerklärung des Reichskanzlers wird die Reichsregierung jeden Versuch, die Reichsverfassung auf gewaltsame oder sonst ungesetzliche Weise abzuändern, als Hochverrat mit allem Nachdruck abwehren und verfolgen; die Anwendung der Reichsverfassung soll sich nach der Programmrede des Reichskanzlers dahin auswirken, daß unser Staatswesen mehr als bisher innerlich gesundet. — Es liegt eine Reihe von Anträgen zur Aenderung einzelner Bestimmungen der Reichsverfassung vor. Bei der weittragenden Bedeutung jeder Verfassungsänderung müssen die neuen Anträge auf das Sorgfältigste durchberaten werden, und ich trete daher den aus dem Hause gestellten Anträgen bei, einen ständigen Verfassungsausschuß zu begründen, der in gemeinsamer Arbeit mit der Regierung, in vollem Lichte der Oeffentlichkeit und unterstützt und mitbestimmt durch die Kritik der Fachwissenschaft und der Presse die Verfassungsfragen beraten sollen. Ein Teil der berechtigten Wünsche der Länder wird sich auch in der praktischen Handhabung der jetzigen Reichsverfassung sowohl auf dem Gebiete der Gesetzgebung wie auch auf dem der Reichsverwaltung erfüllen lassen. Ich bin gewillt, diese Praxis fortzusetzen. Auch die bayerische Denkschrift hat wertvolle Anregungen gegeben. Die bedauerlichen Konflikte zwischen Reich und Ländern müssen ausgeschlossen werden durch eine der geschichtlichen Entwicklung entsprechende Abgrenzung der Zuständigkeiten. — Die Streitpunkte um die Anwendung des Art. 48, die angesichts seiner unbestimmten Formulierung kaum vermeidlich waren, können beseitigt werden, wenn das in Abs. 5 des Art. 48 angekündigte Ausführungsgesetz geschaffen wird. Zur Erhebung wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Notstände, bei denen die Anwendung des Art. 48 bestritten ist, ist ein Notverordnungsrecht der Reichsregierung unbedingt erforderlich, wofür die Reichsregierung eine entsprechende Vorlage bereits eingebracht hat.

In dem neuen Verfassungsausschuß werden an Hand des reichen Materials, das in meinem Ministerium zusammengestellt ist, auch die Anträge über das Wahlalter, über die Erweiterung der Immunitätsvorschrift usw. zu beraten sein, ebenso der zu Art. 3 vorliegende

Antrag auf Aenderung der Reichsfarben.

Gerade in der Flaggenfrage halte ich eine baldige Klärung für dringend erwünscht, sowohl im Interesse unseres inneren Friedens wie auch deshalb, weil der Streit um die Reichsfarben nach außen hin unsere Zerrissenheit so stark unterstreicht. Ich glaube kaum, daß es gelingen wird, diese Frage auf parlamentarischem Wege zu lösen, und ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich die Flaggenfrage nicht für eine Parteifrage, sondern für eine Herzenssache unseres Volkes halte.

Der Verfassungsausschuß wird auch die mit dem Verfassungsrecht eng zusammenhängenden Anträge erörtern müssen, die sich auf eine Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik und Auflösung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik beziehen. Ich bin der Auffassung, daß das von vornherein nur für eine bestimmte Geltungsdauer geschaffene Gesetz zum Schutze der Republik besonderen, außerordentlichen Verhältnissen seine Entstehung verdankt, und daß keine Bedenken bestehen, nunmehr einer Prüfung über die Aufhebung des Gesetzes näherzutreten.

Der Minister dankte im übrigen für die verschiedenen Anregungen der Abgeordneten, insbesondere auch für die Aeußerung des Wunsches eines regeren Beamtenaustausches zwischen Reich und Ländern. Auf Vorhaltungen wegen der Handhabung des Rundfunks erwiderte er, daß es sich beim Rundfunk für ihn um die Pflege eines Volksgutes handle, wobei das parteipolitische Moment auszuschalten sei.

Nach dem Minister Schiele kam noch der Abg. Schlange-Schöningen (Dnat.) zum Wort. Er setzte sich für eine fortschrittliche Revidierung der Verfassung, für eine Wiederheraufsetzung des Wahlalters und für die Konsolidierung des Reiches ein. Von einer Verkleinerung der Wahlkreise wollte er nichts wissen. Dagegen erklärte er: Wir betrachten jeden Versuch einer Verfassungsänderung durch eine Art Explosion als das größte Verbrechen am Volke.

Der Ausschuß vertagte sich auf Montag, den 25. Mai.

Weihe des Hauses des Deutschtums in Stuttgart.

)(Stuttgart. Gestern nachmittag wurde das **Haus des Deutschtums im Auslande,** das das Deutsche Auslandsinstitut errichtet hat, feierlich **eingeweiht.** Eine große Zahl von Festgästen, darunter der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, der württembergische, der bayrische und der badische Ministerpräsident sowie viele Vertreter des politischen, wissenschaftlichen und literarischen Lebens waren erschienen.

Nach einer Begrüßungsrede des Vorsitzenden des Deutschen Auslandsinstituts v. Hinze brachte **Reichsminister Dr. Stresemann die Glückwünsche des Reichspräsidenten** und der Reichsregierung dar. Der Sinn der Stunde sei, führte er aus, das Bekenntnis vor der Welt, daß man die Grenzen wohl ändern kann, aber nicht die Herzen, die sich zum Deutschtum bekennen. Die Deutschen müßten in Ehrfurcht aufblicken zu der großen deutschen Kulturgemeinschaft, für die dieses Haus das Sinnbild sei.

Dann brachten die **Vertreter der Länder und der Behörden** ihre Glückwünsche dar. Zum Schluß übergab der Erbauer des Hauses Professor Schmitthenner den Schlüssel an den Vorstand des Deutschen Auslandsinstituts, Generalkonsul Wenner, der der württembergischen Regierung, der Reichsregierung und allen, die an dem Werke mitgeholfen haben, für ihre treue Unterstützung den herzlichsten Dank aussprach.

Die Kundgebung war ein machtvoller Ausdruck des Einheitswillens und der Zusammengehörigkeit der In- und Auslandsdeutschen.

Außenminister Dr. Stresemann.

Stuttgart. (Funkspruch.) Auf dem **Bankett bei der Weihe des Hauses des Deutschtums** hielt nach den Begrüßungsworten des Generalkonsuls Dr. Wanner **Reichsaußenminister Dr. Stresemann** eine Rede, in der er zunächst dem Geist des Deutschtums huldigte und mit Bezug auf die Deutschen, die vor der letzten großen wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Not auswandern mußten, ausführte: Achtung vor denen, die hinausgingen, weil sie ihr politisches Ideal in diesem Deutschland nicht erfüllt sehen konnten, und die mit die besten Deutschen gewesen sind, die es jemals gab. Achtung vor denen, die den deutschen Namen in den Vereinigten Staaten zu Klang und Ehre brachten! Bestand doch ihr größtes Verbrechen darin, daß sie die Einheit des Deutschen Reiches eher empfanden als die Dynastien. Andere trieben die Wanderlust und Gründe wirtschaftlicher Expansion ins Ausland. Das waren die Menschen auf Industrie und Wirtschaft, für die der Begriff „Firma" identisch war mit dem Begriff Familie. Besser war die Zeit, als die Begriffe „Unternehmung" und „Firma" identisch waren mit den Begriffen Mensch, Familie und Persönlichkeit, als die Zeit der Syndikate und Trusts. Das waren die Menschen, die den Boden pflügten, dem die großen Früchte der deutschen Weltgeltung entwuchsen. Das Deutschland der Vergangenheit gab dem Ausland etwas von seiner Größe. Damals stolz auf sein Vaterland zu sein, war eine Auszeichnung. Heute sich zu bekennen zum neuen Deutschland, erfordert viel mehr wahre Vaterlandsliebe und festen Glauben an die deutsche Zukunft. Der Deutsche hat vor seinem Gewissen ein Recht auf diese Zukunft, deshalb darf er auch an sie glauben. **Wir haben keinen Grund, gesenkten Hauptes durch die Welt zu gehen, auf uns lastet nicht mehr moralische Schuld als auf irgend einem anderen Volk.** Vielleicht hat uns die Not erst recht aneinander geschmiedet.

Diese **große deutsche Kulturgemeinschaft können wir buchen als einen Aktivposten in unserer deutschen Politik.** Die Vertreter der Auslandsdeutschen haben uns heute zur Einheit gemahnt, aber ich bitte auch die Auslandsdeutschen, objektiv über den Dingen stehen, die in Deutschland in den letzten Jahren vorgingen. Wir müssen Ehrfurcht haben vor dem, was gewesen und vor dem, was heute ist. Daß das deutsche Volk in geschichtlich so kurzer Zeit sich konsolidierte, wie es heute vor uns steht, ist ein Kennzeichen für den Zukunftsglauben, den wir haben können. **Die Auslandsdeutschen haben ein Recht auf unseren Schutz.** Dieser ist kein Stahlgewand, es schützt nicht mehr vor Gewalt, das können wir nicht. Aber das Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem deutschen Mutterlande bedeutet noch seelisch unendlich viel, die deutsche Einheit hat alle Not nicht spalten können, das zeigt, um wie viel politisch reifer das Deutsche Volk geworden ist. Ueber ein 90-Millionen-Volk kann die Welt nicht hinweggehen. Wenn wir uns bewußt sind, daß wir zusammengehören, müssen wir dahin gelangen, mit allen Kräften, die dafür in Betracht kommen, die kulturelle Autonomie für das Deutschtum draußen zu erhalten. Daraus erwächst uns von selber die Aufgabe, dasselbe in den deutschen Ländern zu tun, was wir draußen für das Deutschtum verlangen.

Der Reichsaußenminister schloß unter stürmischem Beifall mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland und die deutsche Kulturgemeinschaft, worauf das Deutschlandlied gesungen wurde.

Glückwunsch des Reichspräsidenten.

)(Berlin. Der Reichspräsident hat an das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart folgendes **Telegramm** gerichtet:

„Zur Weihe des Hauses des Deutschtums sende ich Ihnen herzliche Glückwünsche; ich hoffe, daß der Arbeit in diesem Hause, die der Verbindung zwischen der Heimat und dem Deutschtum im Auslande und damit dem Wiederaufbau unseres geliebten Vaterlandes dienen soll, reicher Erfolg beschieden sein wird.

v. Hindenburg, Reichspräsident."

Jahrtausendfeier in Bonn.

Bonn. (Funkspruch.) Das **Musikfest der Stadt Bonn** anläßlich der Jahrtausendfeier endete vormittags mit einer imposanten **Veranstaltung in der Beethovenhalle.** Am Abend fand auf einem Dampfer eine **Rheinfestfahrt bis Linz statt.** Auf der Rückfahrt waren alle Ortschaften festlich beleuchtet. Von Godesberg aus schlossen sich dem Festdampfer viele beleuchtete Motorboote an. In Höhe der Gronau erwarteten dem Festdampfer illuminierte Fahrzeuge der vereinigten Wassersportvereine von Bonn. Die 3 Kilometer lange Endstrecke bis Bonn selbst wurde unter ununterbrochenem Feuerwerk zurückgelegt. Das Hauptfeuerwerk wurde von der Rheinbrücke aus abgebrannt.

Von der Deutschen Reichsbahn.

Keine Tariferhöhung geplant.

)(Berlin. Auf der **Tagung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft** am 18. bis 20. d. M. wurden nur laufende Verwaltungsangelegenheiten beraten. **Von einer allgemeinen Personen- oder Gütertariferhöhung oder einem verstärkten Personalabbau war nicht die Rede.** Diesbezügliche Pressenachrichten müssen als eine in jetziger Zeit besonders **unverantwortliche Irreführung der Oeffentlichkeit** bezeichnet werden. Im einzelnen ist folgendes zu erwähnen: Nachträgliche Genehmigung fand eine Reihe von **Tarifermäßigungen auf Sondergebieten,** von welchen eine Verkehrssteigerung oder die Verhinderung einer Verkehrsabwanderung zu erwarten ist. Bei einzelnen in Frage kommenden **Aenderungen von Sondertarifen** soll die Stellungnahme des Reichseisenbahnrats abgewartet werden, dessen demnächstige Einberufung der Reichsverkehrsminister beabsichtigt. **Richtlinien für Neu- und Umbauten und für Neubeschaffungen** mache den Direktionen im Gegensatz zu der Gepflogenheit früherer, wohlhabender Zeiten schärfste Sparsamkeit und strenge Beschränkung auf solche Maßnahmen zur Pflicht, die entweder vom Standpunkt einer sicheren und glatten Betriebsführung unentbehrlich oder zweifellos durch entsprechende Betriebsersparnisse rentabel sind. Genehmigt wurde vom Verwaltungsrat eine Vereinbarung mit der Reichspost über Abgeltung der Postbeförderung sowie ein Uebereinkommen mit der Deutschen Verkehrskreditbank und mit der Reichsbank **wegen der Anlage zeitweilig flüssiger Mittel der Reichsbahn,** die in verstärktem Maße dem Privatdiskontmarkt zugeführt werden sollen. Weitere Beratungen bezogen sich auf die im Reichstage geäußerten Wünsche in Angelegenheiten der Reichsbahn, auf die Ermittlung der Betriebskosten und auf Bilanzfragen. Nachdem durch Vereinbarungen zwischen der Mitropa und der Internationalen Schlafwagengesellschaft eine Grundlage für die **Bedienung des Schlafwagenverkehrs** über die deutschen Grenzen hinaus geschaffen worden ist, konnten den beiden Gesellschaften die entsprechenden internationalen Wagenläufe zugewiesen werden. Unberührt von dieser Vereinbarung bleiben die von der Deutschen Reichsbahngesellschaft betriebenen innerdeutschen Schlafwagenläufe.

Zusammentritt der Botschafterkonferenz Sonnabend?

*Paris. Die Botschafterkonferenz wird am nächsten Sonnabend vormittags 10 Uhr am Quai d'Orsay zusammentreten. Man hofft, daß der französische und der englische Standpunkt in der Frage der deutschen Verfehlungen bis dahin in Uebereinstimmung gebracht ist. Falls indessen ein Einvernehmen noch nicht erzielt werden sollte, würde die Botschafterkonferenz auf ein späteres Datum erneut vertagt werden.

Der Parteizwist in der sächsischen Sozialdemokratie.

In Nummer 116 der „Dresdner Volkszeitung" vom 20. Mai haben die Bezirksvorstände der S. P. D. Sachsens einen neuen scharfen **Vorstoß gegen die 23 sozialdemokratischen Abgeordneten** des Sächsischen Landtages unternommen. In außerordentlich scharfer Weise rufen sie die Gesamtpartei auf, Stellung gegen Personen zu nehmen, „die alle demokratischen Grundrechte in der Partei mit Füßen treten und lieber reaktionäre Forderungen erfüllen, als daß sie sich als Parteigenossen den geltenden Parteigrundsätzen und Parteigesetzen fügen".

Als unmittelbarer Anlaß zu diesem neuerlichen Angriff wird die „Gefährdung" der **Gemeindeverfassung** bezeichnet, die augenblicklich dem Landtage zur Beratung vorliegt, und die angeblich zugunsten der Reaktion so schnell wie möglich durchgepeitscht werden soll.